

Kubas und sind für den schnellstmöglichen Beginn konkreter Verhandlungen im Rahmen der UNO unter Teilnahme aller Staaten, um eine globale und gerechte Lösung der wichtigsten internationalen Wirtschaftsprobleme herbeizuführen.

Die Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika sind immer weniger bereit, sich der neokolonialen Ausbeutung und Gewaltpolitik des Imperialismus zu unterwerfen. Das zeigen gegenwärtig besonders deutlich die Ereignisse in Haïti, in Argentinien, Brasilien und Uruguay. Selbst das auf rigorosen Terror begründete Regime Pinochets wird trotz der Finanzspritzen des internationalen Kapitals letzten Endes seinem schmachvollen Untergang nicht entrinnen. Den Kommunisten, den Sozialisten und allen Gegnern Pinochets gehört unsere volle Solidarität und Sympathie. (Lang anhaltender, starker Beifall.)

Mit Angola, Mocambique und Äthiopien, die sich für die sozialistische Perspektive entschieden haben, verbinden uns seit langem enge Beziehungen. Gestützt auf ihr Zusammenwirken mit der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Staaten, führen diese Staaten und Parteien einen härten Kampf um die Konsolidierung ihrer Wirtschaften, um die Abwehr konterrevolutionärer Kräfte, die vom Imperialismus materielle und ideologische Hilfe erhalten.

Wir werden auch künftig die befreiten Staaten und Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt solidarisch unterstützen. (Lang anhaltender, starker Beifall.) Entschieden verurteilen wir die aggressiven Handlungen des Imperialismus gegen Nikaragua und bekräftigen erneut unsere feste Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes Sandinos. (Stürmischer Beifall.) Die Probleme Mittelamerikas müssen ohne Einmischung von außen, mit politischen Mitteln gelöst werden. Wir begrüßen die Bemühungen, die in diese Richtung gehen.

Mit Zorn und Abscheu mußte die Welt, mußte unser Volk vorgestern zur Kenntnis nehmen, daß die USA im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand mit ihrem Bombengeschwader über Libyen hergefallen sind. Zu Recht geben die im Warschauer Vertrag verbündeten sozialistischen Staaten in Verbindung damit ihrer tiefen Besorgnis über die rapide Verschärfung der internationalen Lage Ausdruck, die durch die feindseligen Handlungen der USA gegen Libyen provoziert wurde. Das barbarische Bombardement friedlicher libyscher Städte durch die amerikanische Luftwaffe, dem völlig schuldlose Menschen zum Opfer fielen, ist, wie ich bereits auf der Berliner Kundgebung zu Ehren Ernst Thälmanns betonte, ein Akt der Aggression und ruft berechnete Entrüstung und Empörung hervor.

Die DDR, das sei hier klar gesagt, unterstützt voll und ganz den Inhalt der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die in der heutigen Presse veröffentlicht wurde. (Stürmischer Beifall.) Der Überfall der USA auf Libyen schafft nicht nur im südlichen Mittelmeer eine reale Gefahr für den Frieden, sondern birgt eine un-